

STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:

Tel.: 0 62 21 - 519 56 00
Fax: 0 62 21 - 519 956 00

E-Mail: stadtreddaktion@rnz.de

Der Gewinner ist:
EuropaDer Bahnhofsvorplatz-Süd
hat endlich einen Namen

hob. Nach mehr als einem Jahr hat die Posse um die Namensgebung für den Bahnhofsvorplatz-Süd nun endlich ein Ende. Bei nur sieben Gegenstimmen und vier Enthaltungen stimmte der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause dafür, den neuen Platz zwischen dem verlängerten Querbahnsteig des Hauptbahnhofes und dem neuen Konferenzzentrum schlicht und erdigend „Europaplatz“ zu nennen. In der Kampfabstimmung waren zuvor aber zwei Alternativvorschläge durchgefallen: Die CDU wollte den Platz nach dem Alt-Bundespräsidenten Roman Herzog benennen. Die Grünen hätten es gut gefunden, wenn der Ort künftig den Namen der ersten Frau an der Spitze der Universität Heidelberg getragen hätte: Margot Becke-Goehring.

Zehn Vorschläge für den Bahnhofsvorplatz-Süd standen bei der Abstimmung auf der Liste. Sieben davon stammten von den Gemeinderatsfraktionen, drei von der Kommission zur Benennung von Straßennamen. Die Linke war für „Rosaluxemburg-Platz“, die Stadtverwaltung



So stellen sich die Architekten den neuen Europaplatz in der Bahnstadt vor. Repro: Stadt

hatte zwischenzeitlich vorgeschlagen, ihn nach Jean Monnet zu benennen, dem Gründervater der Europäischen Gemeinschaften. Der Bezirksbeirat Bahnstadt hatte sich hingegen, ebenso wie der Haupt- und Finanzausschuss, für Roman-Herzog-Platz ausgesprochen, der Kulturausschuss wiederum für Becke-Goehring. Es war also gar nicht so leicht, herauszufinden, über welchen all dieser Namen nun zuerst abgestimmt werden sollte. Bei einer Vorauswahl durften die Stadträte daher ihren Favoriten bestimmen. Für Roman Herzog waren die meisten, er verfehlte im Anschluss allerdings mit 21 zu 23 Stimmen die absolute Mehrheit. Die Zweitplatzierte Margot Becke-Goehring fiel mit 18 zu 24 und zwei Enthaltungen durch.

Selbst manche Stadträte schienen angesichts dieses ganzen Hin und Her etwas amüsiert. Als der Europaplatz als dritter Vorschlag aufgerufen wurde, stieß Bernd Zieger (Linke) seine Fraktionskollegin Sahra Mirow an: „Da stimmen wir jetzt mal mit.“ Der Name war endlich gefunden.

ANZEIGE

CLAUER
DAS HEIDELBERGER WEINGUT
Jazzfrühschoppen
Sonntag, 29. Juli ab 11.00 Uhr

Der Stadt entgehen jetzt Millionen

Denn der Gemeinderat hat beschlossen, das alte Sozialamt nicht zu verkaufen – Stattdessen sollen die Gebäude in Erbpacht abgegeben werden

Von Timo Teufert

Die Stadt wird das zusammenhängende Gebäudeensemble an der Heiliggeistkirche, in dem bis Mai das Sozialamt untergebracht war, nicht verkaufen. Das hat der Gemeinderat am Dienstag hinter verschlossenen Türen beschlossen und damit das Höchstgebot einer Brauerei in Höhe von 8,2 Millionen Euro ausgeschlagen. Stattdessen sollen die Gebäude in der Hauptstraße 185 und 187, in der Unteren Straße 32 sowie am Fischmarkt 1 und 2 auf Antrag der Grünen für 40 Jahre in Erbpacht abgegeben werden. Die vier Unternehmen, die sich am offenen Bieterverfahren beteiligt haben, dürfen nun für die geänderten Bedingungen ein Angebot abgeben.

Neben dem Höchstbietenden hatte sich noch eine weitere Brauerei, eine Gesellschaft für Vermögensverwaltung sowie ein Bauträger, der auf denkmalgeschützte Altbauten spezialisiert ist, am Bieterverfahren beteiligt. Bis auf die beiden Häuser am Fischmarkt steht das Ensemble unter Denkmalschutz. Für die Nachnutzung der Büroräume in den Obergeschossen hatten die Interessenten unterschiedliche Vorstellungen: Wohnungen oder studentischer Wohnraum zählten ebenso dazu wie ein Boardinghaus, Büroflächen oder Büros für Start-up-Unternehmen. Derzeit erzielt die Stadt pro Jahr laut Exposé mit dem Komplex Pachterträge von 168 000 Euro pro Jahr.

Schon im November war bei den Stadträten die Verwunderung groß, als sie durch eine Anzeige in der RNZ erfuhren, dass die



Das Ensemble an der Heiliggeistkirche – bestehend aus dem Eckhaus Hauptstraße 187 (am linken Bildrand), dem Gebäude Hauptstraße 185 (dahinter) sowie Fischmarkt 1 und 2 (das ehemalige Sozialamt, im Vordergrund) und das Anwesen Untere Straße 32 (rechter Bildrand, mit den hellen Dachgauben) – bleibt im Eigentum der Stadt. Das Eckhaus rechts ist in Privatbesitz. Foto: Rothe

Stadt die fünf Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 1218 Quadratmetern und einer Bruttogeschossfläche von 5422 Quadratmetern verkaufen wollte und auch in der aktuellen Sitzung hatten die Stadträte Bedenken, die Immobilien abzustoßen. „Die Räumlichkeiten sind für eine dienstliche Nutzung völlig ungeeignet“, begründete Finanzbürgermeister Hans-Jürgen Heiß damals die Verkaufsabsichten. Die Stadt hatte die Gebäude 1982 erworben. Sie wolle die Gebäude wegen der „schwierigen Flächenaufteilung und der ansonsten erforderlichen aufwendigen techni-

schen Sanierung“ aufgeben, heißt es in der Vorlage des Liegenschaftsamtes für den Gemeinderat. Denn die Räume seien nicht klar gegliedert, eine effektive Verwaltungsnutzung deshalb nicht möglich. Hinzu komme, dass neben sehr unterschiedlichen Größen und Zuschnitten der Räume auch der denkmalgeschützte Holzboden erhalten werden musste und alle Häuser, die miteinander verbunden wurden, ein unterschiedliches Höhenniveau haben.

Außerdem scheute die Stadt offenbar die hohen Kosten für einen zeitgemäßen Brandschutz: „Bereits im Jahr 2011 wurde

der unzureichende Brandschutz durch eine Fachfirma festgestellt“, steht in der Vorlage. Durch „Übergangsmaßnahmen“ konnten die Häuser als Verwaltungsgebäude aber befristet weitergenutzt werden. „Der Einbau einer Brandmeldeanlage und Brandschutztüren würde eine hohe Investition in das Gebäude auslösen“, heißt es weiter. Allerdings sind die aktuellen, weiterreichenden Brandschutzrichtlinien noch gar nicht berücksichtigt. Die Sanierung des ehemaligen HSB-Verwaltungsgebäudes in der Bergheimer Straße 155, das die Stadt nun für das Sozialamt angemietet hat, kostete 1,7 Millionen Euro.

Die Kämmerei sieht den Verkauf des Altstadtquartiers zudem als wichtigen Beitrag für die Eigenfinanzierungsmittel, mit denen man zusätzliche Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte finanzieren will: „Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken sind ein nicht unerheblicher Baustein der Eigenfinanzierungsmittel.

Daher sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Mehrerträge zu erzielen, sofern nicht wirtschaftliche, strategische, politische oder sonstige Gründe entgegenstehen“, heißt es in der Vorlage.

Denn der Gemeinderat hat für den Haushaltsplan 2017/18 eine Begrenzung der Neuverschuldung auf maximal 20 Millionen Euro gefordert. Und auch das Regierungspräsidium hat bei der Genehmigung des Haushaltes die Schuldenentwicklung gerügt und die Verwaltung aufgefordert, nachhaltig wirksame Maßnahmen zur Etatkonsolidierung zu ergreifen.

Sperrzeiten: „Der Gemeinderat hat die Belange der Anwohner missachtet“

30 Altstädter reichen nun definitiv Klage zum Verwaltungsgericht ein – Viel Kritik an Entscheidung

Von Holger Buchwald

Mehr als 30 Anwohner machen ernst und werden in Kürze zum Verwaltungsgericht Klage einreichen, um deutlich restriktivere Sperrzeiten für die östliche Altstadt zu erzwingen. Das teilte Rechtsanwalt Werner Finger gestern mit: „Aus Sicht der Anwohner hat die Stadtpolitik letztmalig die Chance vertan, selbst eine für alle akzeptable Lösung zu finden.“

Auf die Frage, welche Kneipenöffnungszeiten die Anwohner erstreiten wollen, antwortete Finger ausweichend. Die vom Gemeinderat am Dienstag beschlossene Satzung hält er aber für völlig unzureichend. Mit knapper Mehrheit hatten die Stadträte dafür votiert, die Sperrzeiten in den Nächten auf Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag auf 1 Uhr, in den Nächten auf Freitag um 3 Uhr und am Wochenende auf 4 Uhr festzusetzen. Zugleich sollte mit Maßnahmen wie der Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes und der Einstellung eines Lärmbeauftragten für mehr Ruhe gesorgt werden.

Dies reicht aus Sicht des Rechtsanwalts nicht aus. „Der Gemeinderat hat für das Wochenende dieselben Sperrzeiten beschlossen, die der Verwaltungsgerichtshof in seinem Urteil vom 28. März als in gesundheitsgefährdender Weise unzumutbar für die Anwohner und damit als rechtswidrig aufgehoben hat“, betont Finger. Die

„Missachtung der rechtlichen Vorgaben sowie die damit zum Ausdruck gebrachte Gleichgültigkeit gegenüber ihren Anliegen“ mache die Kläger fassungslos. Die Nacht zum Freitag müsse bei den Sperrzeiten genauso behandelt werden wie alle anderen Werktage auch, erteilte Finger der Idee eines „studentischen Donnerstags“ eine klare Absage: „Der Verwaltungsgerichtshof hat festgestellt, dass die Lärmüberschreitungen ab 1 Uhr für die Anwohner gesundheitsgefährdend sind.“

„Der Gemeinderat hat die Belange der geplagten Anwohner missachtet“, erklärten gestern Doris Hemler und Christoph Egerding-Krüger, Sprecher der Bürgerinitiative „Leben in der Altstadt“ (Linda). Linda unterstützt die Anwohnerklagen auch finanziell. Umso entsetzter sind die Sprecher über die Entscheidung der Stadträte. „Ziel der Mehrheit ist es offensichtlich, zum Vorteil der Feiernenden und der Wirte, die Altstadt als nächtliches Vergnügungsviertel zu stärken und dafür gesundheitliche Schäden der Anwohner und die nächtliche Verwahrlosung an den Hotspots in der Altstadt in Kauf zu nehmen.“ Ähnlich äußerte sich Karin Werner-Jensen, Vorsitzende des Vereins Alt-Heidelberg: „Keine fünf Prozent der Kneipen machen seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten den Altstädtern das Leben schwer.“ Die Entscheidung des Gemeinderates sei „unfassbar“. „Jetzt wird das Gericht die Zei-

ten festlegen.“ Zugleich warnt Werner-Jensen die Stadträte: Nächstes Jahr sei Kommunalwahl. Die Anwohner würden sich auch dann noch an die Namen derer erinnern, die für längere Kneipenöffnungszeiten gestimmt haben.

Oberbürgermeister Eckart Würzner sieht die neuen Sperrzeiten ebenfalls skeptisch: „Ich halte sie nicht für ausreichend, um den Interessen der Bewohner gerecht zu werden. Aber das ist meine persönliche Einschätzung.“ Trotzdem wird Würzner das Regierungspräsidium nicht anrufen, um die Satzung überprüfen zu lassen. Sie tritt am 2. August in Kraft. Bürgermeister Wolfgang Erichson kündigte an, dass er noch heute die Vorbereitungen für das beschlossene, lärmreduzierende Maßnahmenpaket treffen werde. Da die Aufstockung des Ordnungsdienstes und die Änderungen der Nachtbusse auch Geld kosten, werde eine Beschlussvorlage für den Gemeinderat vorbereitet.

Während Melanie von Görtz vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband hofft, dass die flankierenden Lärmschutzmaßnahmen helfen, meldete sich gestern auch ein Altstadt-Wirt zu Wort. Er wäre auch zufrieden gewesen, wenn er in den Nächten auf Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag um 1 Uhr, auf Freitag um 3 Uhr und am Wochenende ebenfalls um 3 Uhr schließen müsste: „Der Vorschlag der CDU war mit uns nicht abgesprochen.“

Bis morgen: Busse statt Bahnen

Noch mehr Baustelle: Gleisarbeiten zwischen Bahnhof und Römerkreis

hö. Heute beginnt die Großbaustelle am Hauptbahnhof – mit ihren Auswirkungen auf Autoverkehr, Busse und Bahnen. Wie die RNV gestern mitteilte, wird alles noch etwas komplizierter: Weil in der Kurfürsten-Anlage eine Weiche zum Umsetzen eingebaut wird, können ab heute früh und bis morgen Abend auf der Strecke zum Römerkreis keine Straßenbahnen fahren – das betrifft die Haltestellen Hauptbahnhof-Ost und Stadtwerk. Die neue Straßenbahn 25 (Bahnhof-Handschuhsheim) wird erst einmal zu einer Buslinie – zumindest zwischen Bahnhof und Bismarckplatz. Die 24er-Straßenbahn aus Rohrbach-Süd übernimmt kurzzeitig ihre Funktion: Ab dem Römerkreis wird sie zur Linie 25 und fährt über den Bismarckplatz nach Norden. Wer aus Rohrbach zum Bahnhof will, steigt also am besten an der Stadtbücherei aus und wartet auf den 25er- oder 33er-Bus. Umgekehrt gilt das für die Gegenrichtung: Erst in die Busse 25, 33 und 34 bis zur Stadtbücherei und dann in die 23er- oder 24er-Bahn. Wer vom Bahnhof zum Bismarckplatz will, nimmt die Buslinien 25, 32, 33 und 34, in die Gegenrichtung die 25, 32 und 33.

Ein Leser fragte, wo denn nun die neue Haltestelle für den Regionalbus 717 nach Speyer ist. Tatsächlich wurde dieser Bus von der RNV in der gestern abgedruckten Grafik vergessen: Abfahrt ist an Steig P (in der Lessingstraße an der alten Hauptpost).

Die große Party gestern fiel aus

Jugendliche mieden am letzten Schultag die Neckarwiese – Die Helfer zogen schon am Nachmittag ab

ew. Sie warten alle auf eine Party der Extreme – doch nichts passierte: Helfer der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) liegen ungewollt untätig im Schatten ihres Einsatzfahrzeugs, das Deutsche Rote Kreuz (DRK) rückt gegen 15.30 Uhr ab, und die Polizeipräsenz dünnt sich mit voranschreitender Stunde immer weiter aus. Der letzte Schultag endete auf der Neckarwiese ohne Schüler, dafür eher mit Studenten, Familien mit Kindern – und den vielen Nilgänsen. Alles ein recht gewohntes Bild für einen normalen Sommertag.

Dabei hatte die Stadt noch mit dem Schlimmsten gerechnet – und vorsorglich viele Einsatzkräfte zusammengezogen. Man hatte sogar gedroht, im nächsten Jahr ein Alkoholverbot zu verhängen, wenn die

Schulabschlussparty ähnlich aus dem Ruder laufen würde wie die Realschul- und Abifeier im Mai letztes Jahr. Aber es wollte fast kein Schüler kommen, vielleicht lag es an den schweißtreibenden Temperaturen, vielleicht an den öffentlichkeitswirksamen Warnungen an die Schulen und die Schüler.

Gegen 15 Uhr standen noch fünf Polizeibusse, zehn Beamte in voller Montur patrouillierten auf den Promenadenwegen – alles wirkte ganz entspannt. „Meine Bilanz zu diesem Tag lässt sich kurz und knapp zusammenfassen: Es gab null Zwischenfälle. Keine 100 Leute sind hier“, resümiert der Einsatzleiter Uwe Steindl. „Das hier heute ist wirklich nicht der Rede wert“, meint Steindl zu dem überraschend ruhigen Nachmittag auf der Ne-

ckarwiese. Und es sollte auch nicht voller werden: Gegen 18.30 Uhr stellt auch ein Polizeikollege Steindls einen sehr ruhigen Verlauf fest. Auch die für die Nacht geordneten Beamten seien schon abgezogen worden. Ein einzelner Streifenwagen steht einsam an der Wiese.

Auch bei der DLRG gab es nur einen einzigen Vorfall seit Schulschluss bis zum Redaktionsschluss am Abend: Ein 17-Jähriger hatte zu viel „intus“. „Auf sonstigen Festen hier in Heidelberg, wie der Walpurgisnacht, den Abi-Feiern oder auch den vergangenen Schulfeiern hatten wir stets um die 60 Fälle. Ein Drittel davon ging immer auf den Alkohol zurück“, erinnert sich Alexander Walter von der DLRG. „Aber das hier ist normaler Publikumsverkehr – und kein Thema für uns.“



Die Entscheidung über das Alkoholverbot an der Neckarwiese muss noch vertagt werden. Denn die Feier zum Sommerferienbeginn verlief gestern ungewöhnlich ruhig. Foto: Rothe